

DIE LINKE fordert Verantwortung vom Land und Umsetzung von der Stadt



Intensiv warb die FDP im Landtagswahlkampf für eine bessere Bildung in NRW. Doch die Bildungsinitiative, die nun in Koalition mit der CDU verfolgt wird, schließt zum einen durch die Einführung von Studiengebühren ganze Gruppen vom Zugang zur Bildung aus, zum anderen orientiert sie sich nicht an den Notlagen primär zu beachtender Bildungseinrichtungen in unserem Land - den Schulen.

Personelle und räumliche Defizite bereiten nicht nur Kommunalpolitikern Sorgen, sondern lassen Eltern um den Erhalt eines qualitativ hochwertigen Bildungsniveaus für ihre Kinder fürchten: *"Nach Berechnungen der Schulverwaltung fehlen in Bielefeld in den nächsten sieben Jahren sieben neue Schulen - 21 fehlende Züge werden es im Schuljahr 2026/27 sein. Damit wird aus heutiger Sicht der Übergang in die Sekundarstufe I für über 500 Kinder in Bielefeld nicht möglich sein",* erklärt Bernd Schatschneider, Ratsmitglied der LINKEN und Mitglied im Schul- und Sportausschuss, *"neben der dringenden Wohnungsnot ist dies die nächste einschneidende Herausforderung in Bielefeld. Auch hier brauchen wir unmittelbare Förderung durch Land und Bund."*

"38 Klassenräume fehlen zum Schuljahr 2017/18 im Bereich der Sekundarstufe I. Doch auch an Grundschulen herrscht Not. Dass der Mangel an Kapazitäten sich jetzt schon auf die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler auswirkt, sieht man beispielhaft an der mit Abstand größten städtischen Grundschule in Brake: 440 Kinder unterschiedlicher Sprach-, Glaubens- und Kulturhintergründe werden hier auf engstem Raum unterrichtet, da das Gebäude für erheblich weniger Kinder gebaut worden war. Zudem kann die Schule ihrem Anspruch an sonderpädagogische und integrative Unterstützung nicht nachkommen - es gibt weder ausreichend entsprechend ausgebildete Lehrkräfte noch die notwendigen Sozialräume", so Schatschneider weiterhin.

Zwar will die Bundesregierung Geld für Schulen über ein zweites KommInvest-Programm zur Verfügung stellen, doch wird dieses nicht in voller Summe bei allen Kommunen ankommen, da es zum einen bisher keinen festen Verteilungsschlüssel und zum anderen das Land Möglichkeiten hat, Teile der Gelder für eigene Zwecke zu verwenden.

"Zwar begrüßen wir die Absicht der Landesregierung zum Erhalt von Förderschulen und die Investition in eine medizinische Fakultät, allerdings profitieren davon nicht die 100 Bielefelder Bestandsschulen, von denen ein Großteil aus allen Nähten platzt. Besonders wenn die Landesregierung wieder das Abitur nach neun Jahren einführt, wird es das Problem fehlender Räume und mangelnder finanzieller Ausstattung noch weiter ausbauen. Wir fordern die Landesregierung daher auf, umgehend Finanzen zum Bau neuer Schulen zur Verfügung zu stellen. Zur Sicherung einer zukunftsfähigen Bildung in Bielefeld, muss die Stadt zügig neue Schulen schaffen" , fordert Schatschneider.